



Foto: Pixabay / Michael Stebert

## Die Wogen schlagen hoch

### Pläne für Nationalpark Ostsee sehr umstritten

Die Pläne der Landesregierung von Schleswig-Holstein, einen Nationalpark Ostsee einzurichten, sind sehr umstritten. Tourismuswirtschaft, Fischerei und Wassersportler fürchten um ihre Zukunft. Wir fragen, welche Vorteile ein teurer Nationalpark hat.

Die Wogen an der Ostsee schlagen hoch, nachdem die Landesregierung ihre Pläne veröffentlicht hat, den größten Teil der schleswig-holsteinischen Ostseeküste mit seinen Wasserflächen zu einem Nationalpark zu erklären. Ist die Einrichtung erst einmal vom Landtag beschlossen, gilt das Bundesnaturschutzgesetz. Danach muss der überwiegende Teil des Gebietes in einen vom Menschen nicht oder wenig beeinflussten Zustand gebracht werden. Dann haben Gutachter und Sachverständige das Wort, welche Nutzungen an der Küste und auf der Wasserfläche noch möglich sind. Deshalb kochen die Proteste jetzt so hoch. Denn die Erfahrungen aus anderen Nationalparks zeigen, dass die Nutzungseinschränkungen im Laufe der Zeit immer restriktiver werden.

Für den Bund der Steuerzahler stellt sich die Frage, welche Kosten durch den Nationalpark entstehen und was dessen Einrichtung für den Zustand der Ostsee tatsächlich bewirkt. Zu den möglichen Kosten gibt es derzeit von der Landesregierung noch keine Angaben. Aber ein Vergleich mit dem Na-

tionalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer zeigt, dass es hier dauerhaft um erhebliche Mittel geht: Der Nationalpark an der Nordsee wird verwaltet von 85 Mitarbeitern, für die insgesamt ein jährliches Budget von rund 7 Millionen Euro zur Verfügung steht.

Dass der ökologische Zustand der Ostsee bedenklich ist, steht außer Frage. Zu nennen sind hier beispielsweise die Altlasten durch versenkte Munition, eine erhebliche Belastung durch Schadstoffe, Müll und Mikroplastik, ein viel zu hoher Eintrag von Nährstoffen, die Überfischung und ein Temperaturanstieg, der zur Versauerung und immer mehr nicht einheimischer Tierarten beiträgt.

Was trägt jetzt ein Nationalpark Ostsee in Schleswig-Holstein zur Bekämpfung dieser Probleme bei? Die überraschende Antwort der Befürworter: Nichts! Denn tatsächlich bedeutet ein Nationalpark eben gerade nicht, dass bestehende Probleme beseitigt oder abgebaut werden. Deren Bekämpfung muss also unabhängig vom Nationalpark mit zusätzlichen Mitteln finanziert werden. Somit stellt sich für die Steuerzahler die Frage, ob es nicht deutlich effektiver wäre, die für die Verwaltung eines Nationalparks geplanten Mittel in die aktive Problembeseitigung zu stecken.

**Rainer Kersten**

[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

### Sie lesen in diesem Nord-Kurier



Für den geplanten Bau einer Batterie-fabrik in Heide wollen Bund und Land mindestens 1 Milliarde Euro an Subventionen bereitstellen. Die Landesmittel sollen aus dem Ukraine-Notkredit kommen. Das ist für uns ein neuer Verfassungsbruch.

Seite 2

Felix Siegmon, Landesvorsitzender der Jungen Union Schleswig-Holstein, fordert in seinem

Gastbeitrag mehr Generationengerechtigkeit in der Finanzpolitik: „Generationengerechtigkeit ist alles und fängt bei einem soliden Haushalt an.“



Seite 3



So könnte die neue Batteriefabrik in Heide einmal aussehen.  
Bild: © Northvolt

# Viel Steuergeld für die Batteriefabrik

## Ukraine-Notkredit-Finanzierung ist Verfassungsbruch

**Das schwedische Unternehmen Northvolt überlegt, bei Heide eine Batteriefabrik zu bauen. Bund und Land wollen mit mindestens 1 Milliarde Euro an Subventionen locken. Die Landesmittel sollen aus dem Ukraine-Notkredit kommen. Das ist für uns ein neuer Verfassungsbruch.**

Die Pläne klingen attraktiv. Das schwedische Unternehmen Northvolt will eine neue Fabrik für die Entwicklung und den Bau von Batterien für Elektroautos bauen. Als einen möglichen Standort hat man Flächen in der Nähe von Heide ausgewählt. Wenn alles so kommt wie geplant, könnten bereits ab 2026 jährlich Batterien für 1 Million Elektroautos gebaut werden. 3.000 neue Arbeitsplätze würden dann an der strukturschwachen Westküste geschaffen werden. Wichtigstes Argument für die Befürworter ist die Nähe zu alternativen Energiequellen.

Doch nicht nur deutsche Regionalentwickler buhlen um die Ansiedlung. Größter Konkurrent ist ein Standort in den USA. Und so fragen die Vertreter des multinationalen Konzerns ganz ungeniert, welche öffentlichen Hilfen sie denn an den verschiedenen Standorten für ihre Investitionen bekämen.

Sollte der Standort Heide ausgewählt werden, planen die Schweden mit einem Investitionsvolumen von rund 4,5 Milliarden Euro. Bund und Land haben ein Subventionspaket geschnürt aus Beihilfen, Infrastrukturmaßnahmen und Bürg-

schaften im Gesamtwert von wohl mehr als 1 Milliarde Euro. Genauere Zahlen werden noch nicht veröffentlicht, weil die Subventionspläne noch von der EU-Kommission auf Einhaltung beihilferechtlicher Vorschriften geprüft werden müssen. Erst wenn die Zustimmung aus Brüssel vorliegt, wollen Bundes- und Landesregierung Einzelheiten bekannt geben.

Der Anteil Schleswig-Holsteins an den direkten Zahlungszusagen ist jetzt von 50 auf 137 Millionen Euro angehoben worden. Bürgschaften zur Absicherung von Kreditausfällen sind dabei noch nicht mitgerechnet. Finanziert werden sollen diese Mittel aus noch nicht aufgenommenen Schulden des 2022 beschlossenen Ukraine-Notkredits. Damals hatte der Schleswig-Holsteinische Landtag mit Zweidrittelmehrheit ein Kreditvolumen von 1,4 Milliarden Euro bewilligt, für die Krisenbewältigung in der Folge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine. Die Landesverfassung erlaubt solche Kredite aber nur dann, wenn es sich um eine außergewöhnliche Notlage handelt, die sich der Kontrolle des Staates entzieht. Schon bei der Verabschiedung vor einem Jahr hatte der Bund der Steuerzahler darauf hingewiesen, dass eine solche Notlage und vor allem der unmittelbare Zusammenhang der geplanten Maßnahmen mit dem Ukraine-Krieg nicht zu erkennen ist. Auch der wissenschaftliche Dienst des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat auf Anfrage der FDP-Fraktion massive Zweifel an der verfassungsgemäßen Rechtfertigung geäu-

bert. Ebenso sieht der Landesrechnungshof einen Bruch der Landesverfassung.

Diese Tatsachen wiegen umso schlimmer, wenn jetzt die Mittel aus dem Notkredit für die Investitionsförderung eines Privatunternehmens zur Herstellung von Autobatterien verwendet werden sollen. Weder sachlich noch zeitlich besteht irgendein Zusammenhang zum Ukraine-Krieg! Hier wird von einer großen Mehrheit im Landtag wissentlich die Verfassung gebrochen!

Auch wirtschaftlich ist die Finanzierung aus neuen Schulden nicht zu begründen: Der Notkredit wird nach dem beschlossenen Tilgungsgesetz bis zum Jahr 2053 in Jahresraten, die von Jahr zu Jahr noch ansteigen, getilgt. Unsere Kinder und Enkelkinder müssen also noch 30 Jahre die Subventionen abzahlen. 30 Jahre zurückgerechnet ahnte noch niemand von dem Boom der Elektro-Fahrzeuge. Mit welcher Technologie die Mobilität in den nächsten 30 Jahren sichergestellt werden wird, kann heute auch noch niemand absehen.

Die Ansiedlung eines modernen Industriebetriebes ist für Dithmarschen eine große Chance. Der Bund der Steuerzahler hat keine Probleme damit, wenn aus öffentlichen Mitteln dafür die Infrastruktur bereitgestellt wird. Es muss ein neuer Bahnanschluss gebaut werden, die Straßen in der Region müssen leistungsfähiger werden. Wasserversorgung und Abwasserreinigung müssen ebenso ertüchtigt werden wie Energie- und Telekommunikationsnetze. Das alles darf aus unserer Sicht mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Wir lehnen aber eine unmittelbare Finanzbeteiligung des Staates an wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen ab! Die Risikobewertung von großen Investitionen muss in unserer Wirtschaftsordnung den Unternehmen und ihren privaten Geldgebern überlassen bleiben.

Staatliche Mittel für die Investitionsförderung müssen durch Umschichtungen aus den laufenden Haushalten erwirtschaftet werden. Eine Kreditverpflichtung künftiger Generationen für riskante Investitionsentscheidungen darf es nicht geben. Schon gar nicht darf die Kreditaufnahme über verfassungswidrige Notkredite an der Schuldenbremse vorbei getätigt werden!

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

# Generationengerechtigkeit ist alles

Generationengerechtigkeit ist alles. Bei Fridays For Future heißt es immer: „Klimaschutz ist nicht alles, aber ohne Klimaschutz ist alles nichts.“ Die Begründung dazu ist schlüssig: Wenn die Menschheit den Klimawandel nicht in den Griff bekommt, ändern sich die Lebensbedingungen auf der Erde so dramatisch, dass die Folgeprobleme viel mehr als nur ökologischer Natur sind. Die sog. Nachhaltigkeit nur auf dieses eine Thema zu begrenzen, greift jedoch viel zu kurz und hätte ebenso fatale Folgen. So lässt sich dieser Leitsatz auf viele andere Themen übertragen: Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Bildung ist nicht alles, Zusammenhalt ist nicht alles, Frieden und

## Gastbeitrag

Freiheit sind nicht alles, aber ohne all das ist alles nichts. Diese Aufzählung erhebt ausdrücklich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Sie soll dennoch verdeutlichen, dass Themen und Probleme nur miteinander verknüpft zu lösen sind und die Welt eben viel komplexer als ein simpler Leitsatz ist.

Und auch Geld – besser gesagt Staatsfinanzen – ist nicht alles, aber ohne Geld ist alles nichts. Mit dieser kleinen Provokation mit Hinweis auf Fridays For Future beginne ich gerne Diskussionen mit anderen jungen Menschen. In der juristischen Welt gilt der zivilrechtliche Grundsatz: Geld hat man zu haben. Und – insbesondere mit Blick auf den Staat – ist diese Haltung auch in politischen Debatten ebenso populär wie fatal. Die Zahlen von Staatsfinanzen sind so gigantisch, dass man diese nicht ohne Weiteres fassen kann.

In den letzten Jahren reihte sich Krise an Krise, Notsituation an Notsituation, Wumms an Bazooka und Doppelwumms an Wumms. Politik reagierte auf jede Krise gleich: Mit neuen Schulden! In Zeiten wirtschaftlichen Wachstums und niedriger Zinsen ist dies auch noch gutgegangen, jedoch sind diese Zeiten mittlerweile vorbei. Die bittere Wahrheit ist: Wir werden nicht jede Krise mit Schulden lösen können!

Allein das Land Schleswig-Holstein steht vor einem unfassbaren Berg an Schulden:

Zu ca. 31 Milliarden Euro laufenden Krediten kommen noch ca. 1 Milliarde Euro Notkredit zur Bewältigung der aus dem fürchterlichen Krieg in der Ukraine resultierenden Flüchtlings- und Energiekrise sowie ca. 7 Milliarden Euro Investitionsstau hinzu. Der dicke Hammer kommt wie immer zum Schluss. Das Land hat in Höhe von über 62 Milliarden Euro Pensionsverpflichtungen als Altlasten, die nicht zurückgelegt wurden. Und auch diese Liste hat leider keinen Anspruch auf Vollständigkeit. So haben auch einzelne Körperschaften und Anstalten noch weitere Schulden. Insgesamt hat das Land Schleswig-Holstein also eine Schuldenlast von über 100 Milliarden Euro! Hierbei sind Schulden von Bund und Kommunen nicht einmal eingerechnet.

Diese Schuldenlast drückt nicht nur aufgrund von Tilgungsverpflichtungen auf die öffentlichen Haushalte, sondern auch die Ausgaben für Zinsen explodieren. Allein in Schleswig-Holstein sind diese von 377,4 Millionen in 2022 auf 480,7 Millionen in 2023 gewachsen. Innerhalb eines Jahres sind das über 100 Millionen Euro mehr. Und die Prognosen des Finanzministeriums bis 2031 sagen, dass diese Zinsausgaben noch auf über 1,2 Milliarden Euro anwachsen werden.

Jedoch verhindern Zinsausgaben nicht nur, dass mehr Geld für notwendige Investitionen, z.B. in Infrastruktur oder Bildung, für die Zukunft unserer Generation zur Verfügung steht, sondern sorgen auch dafür, dass der Staat für zukünftige Krisen engere finanzielle Spielräume hat und damit weniger handlungsfähig ist. In Zeiten steigender Zinsen kommen wir an einen Punkt, an dem die Schuldenaufnahme für den Staat alles andere als wirtschaftlich ist. Deshalb muss es jetzt auf allen Ebenen eine Kurskorrektur zu soliden und ausgeglichenen Haushalten – ohne irgendwelche Neben- und Schattenhaushalte – geben, die klare Priorisierung von Zukunftsinvestitionen erkennen lassen. Wer den Menschen hingegen weiterhin jegliche Versprechen unabhängig von der finanziellen Machbarkeit gibt, handelt schlichtweg unseriös und das auf Kosten der jungen Generation!

Generationengerechtigkeit ist alles und fängt bei einem soliden Haushalt an.



*Felix Siegmon (Foto) ist seit September 2022 Vorsitzender der Jungen Union in Schleswig-Holstein. Außerdem sitzt der 25-jährige Jurastudent aus der Gemeinde Tüttendorf bei Gettorf für die CDU im Kreistag von Rendsburg-Eckernförde. Die Junge Union ist die politische Nachwuchsorganisation der CDU und hat nach eigenen Angaben knapp 3.000 Mitglieder in Schleswig-Holstein.*

## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein e.V., [www.steuerzahler-sh.de](http://www.steuerzahler-sh.de)

**Redaktion:** Rainer Kersten, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel, Tel. 04 31/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, E-Mail: [schleswig-holstein@steuerzahler.de](mailto:schleswig-holstein@steuerzahler.de)

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

**Verantwortlich:** Roger H. Müller, Rainer Kersten

**Erscheinungsweise:** 10 x jährlich als Beilage von Der Steuerzahler

**Auflage:** 7.000, 52. Jahrgang, 10/2023

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag u. Werbegesellschaft mbH, Lornsenstr. 48, 24105 Kiel

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, [www.diegestalten.com](http://www.diegestalten.com), Mainz

**Satz:** LINE Media Agentur, Mail: [info@linemedia.de](mailto:info@linemedia.de)

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

# Blick durch das Land



nicht nur für die Sicherheitsarchitektur Europas

Erinnern Sie sich noch? Beim Schreiben dieser Zeilen ist es genau ein Jahr her, dass das Schleswig-Holsteinische Landeskabinett unter Führung von Ministerpräsident Daniel Günther 80 Vertreter aus Kommunen, Wirtschaft, Kammern, Sozialverbänden, Gesundheitsversorgung, Landwirtschaft, Kirchen, Kultur und Bildung zu einem Energiegipfel empfing. Ziel war es, so Günther gegenüber der Presse, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, um 20 Prozent des Gasverbrauchs einzusparen. Gleichzeitig sollten Bürger und Verbände von den hohen Energiekosten entlastet werden. So sollten zum Beispiel Kitas, Schulen und Hochschulen unterstützt, zwei Härtefallfonds eingerichtet und Klimaschutz- und Mobilisierungsprojekte gefördert werden. Dafür verteilte Günther „Geschenke“ von insgesamt 180 Millionen Euro. Zusätzlich wurde ein Darlehensprogramm zur Stützung von Stadtwerken und anderen Unternehmen in Höhe von 500 Millionen Euro angekündigt. Ist dadurch etwas besser geworden oder zumindest weniger schlimm? Haben Sie also etwas von der Entlastungswirkung gemerkt? Wir auch nicht!

Die Auswirkungen spüren werden dagegen unsere Kinder und Enkel, allerdings nicht als Entlastungswirkung. Denn all die großzügigen Geschenke wurden finanziert über den vom Schleswig-Holsteinischen Landtag mit absoluter Mehrheit beschlossenen Ukraine-Notkredit, der insgesamt 1,4 Milliarden Euro umfasst. Ein Kredit muss aber zurückgezahlt werden und Zinsen werden auch noch fällig. Bei der derzeitigen Zinslage sogar ganz schön viele. Und so wird aus dem Entlastungspaket ein Geschenk unserer Kinder und Enkelkinder an uns. Wir haben uns noch nicht einmal darüber gefreut!

Zum Wort des Jahres 2022 wurde übrigens „Zeitenwende“ gewählt. Bundeskanzler Olaf Scholz prägte diesen Begriff in einer Rede zum russischen Angriff auf die Ukraine. Zeitenwende steht für den Beginn einer neuen Ära. Danach wird nichts mehr so sein wie zuvor. Ob Olaf Scholz oder sein Redenschreiber geahnt hat, dass dieses

und die Energieversorgung Deutschlands gilt, wissen wir nicht. Recht hatte er damit aber auf jeden Fall.

Denn vieles ist jetzt nicht mehr so, wie wir es kannten: Jederzeitige Verfügbarkeit von Bau- und Ersatzteilen quasi über Nacht? Vorbei! Dienstleister freuen sich über jeden neuen Kunden und jeden weiteren Auftrag? Hatten wir mal!

Die Post liefert täglich Briefe und Pakete aus? Gibt es schon lange nicht mehr! Fachkräfte suchen sich die Arbeitsstelle, die am besten bezahlt wird? War einmal, sie wollen jetzt die optimale Work-Life-Balance!

Bei all diesen Veränderungen stellt sich die Frage, wann auch unsere Politiker merken, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann.

Den Nahverkehr verbessern durch ein besseres Angebot? Geht nicht mehr, weil es keine Busfahrer, Lokführer und Fährschiffkapitäne gibt!

Die Schulbildung unserer Kinder durch weniger Unterrichtsausfall verbessern? Hilft nicht, wenn es keine Lehrer gibt!

Die politische Allzweckwaffe, alle Probleme mit mehr Geld und mehr Stellen zu lösen, funktioniert also nicht mehr, weil es keine Menschen gibt, die die Stellen besetzen und das Geld ausgeben können! Wer heute als Politiker ein Problem lösen will, muss sich etwas Intelligenteres einfallen lassen. Gefragt sind Vorschläge für bessere Abläufe, kürzere Dienstwege, weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung und somit bessere Organisation, damit die Fachkräfte, die noch da sind, mehr bewirken können.

Wir brauchen also neue Ideen! Schade nur, dass unsere Schüler in Deutschland im europaweiten Bildungsvergleich noch mal wieder schlechter abgeschnitten haben. Vielleicht sollte man deshalb bei den Schulen und Universitäten anfangen, wenn man etwas verbessern will. Wenn es dafür keine zusätzlichen Lehrer gibt, müssen die, die noch da sind, effektiver eingesetzt werden! Damit wir wieder etwas davon merken, was die Politik beschließt.

## Der Kommunal- kompass: Aktuell mit wichtigen Tipps



In den Stadt- und Gemeindevertretungen Schleswig-Holsteins wird jetzt über die Haushalte 2024 beraten. Überall fehlt es an Geld. Als Hilfestellung hat der Bund der Steuerzahler die Schrift „Kommunkompass“ herausgegeben. Auf über 100 Seiten werden Konsolidierungsvorschläge zusammengetragen, um Gestaltungsspielräume im kommunalen Haushalt zurückzugewinnen. Daneben gibt es wichtige Informationen zur kommunalen Haushaltswirtschaft.

Durch die Gesetzgeber werden den Kommunen immer mehr Pflichtaufgaben auferlegt. Dennoch ist es auch in der heutigen Zeit möglich, die Kommunalhaushalte nachhaltig zu konsolidieren! Dabei geht es nicht ums Sparen zum Selbstzweck, geschweige denn darum, die kommunale Infrastruktur „kaputt zu sparen“. Vielmehr muss es das Ziel sein, durch eine erfolgreiche Konsolidierungspolitik die notwendigen finanziellen Spielräume zu schaffen, damit die Kommunalpolitik wieder gestalten kann.

Unsere Broschüre richtet sich an Kommunalpolitiker, Verwaltungen, Lokaljournalisten und interessierte Bürger. Sie ist kostenlos erhältlich beim

**Bund der Steuerzahler Schleswig-Holstein**  
Lornsenstraße 48, 24105 Kiel,  
Tel. 0431/990165-0, Fax 0431/990165-11  
Schleswig-holstein@steuerzahler.de